

Ölbohrungen abgelehnt

WASHINGTON: Der US-Senat hat gestern die von der Regierung geplanten Ölbohrungen in einem Naturschutzgebiet in Alaska abgelehnt. Die Republikaner von Präsident George W. Bush unterlagen in der Abstimmung mit 46 zu 54 Stimmen. Die Bohrungen im Arctic National Wildlife Refuge waren ein Kernstück der energiepolitischen Pläne Bushs. Das Repräsentantenhaus hatte das umstrittene Vorhaben bereits im August gebilligt. Das Arctic National Wildlife Refuge liegt im Nordosten von Alaska und ist das nördlichste Naturschutzgebiet der USA. Die rund 80 000 Quadratkilometer sind Lebensraum für zahlreiche Vogel-, Fisch- und Säugetierarten – darunter Karibus, Moschusochsen, Bären und Wale. Unter dem Gebiet werden fünf bis 16 Milliarden Barrel (das Fass zu 159 Liter) Öl vermutet.

Todesstrafe bleibt vorerst

ANKARA: Die Türkei hat die für den angestrebten EU-Beitritt geforderte generelle Abschaffung der Todesstrafe zunächst einmal aufgeschoben. Der Justizausschuss des Parlaments billigte eine Strafgesetzsänderung, wonach die Todesstrafe lediglich eingeschränkt wird. Sie soll weiterhin in Fällen des Krieges, unmittelbar drohender Kriegsgefahr oder terroristischer Straftaten gelten. Die türkische Verfassung war im vergangenen Herbst entsprechend geändert worden. Die Debatte um die Todesstrafe wird in der Türkei vor allem vor dem Hintergrund des Schicksals des seit drei Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali einsitzenden kurdischen Separatistenführers Abdullah Öcalan geführt. Die nationalistische Rechte möchte den PKK-Führer hinrichten. Da sich die Koalitionspartner der Regierung von Ministerpräsident Bülent Ecevit wegen des Widerstands der Nationalistischen Aktionspartei (MHP) nicht auf eine völlige Abschaffung der seit 1984 nicht mehr vollstreckte Todesstrafe einigen konnten, dürfte die Gesetzesänderung in der eingeschränkten Form auch das Plenum der türkischen Nationalversammlung passieren. Nach Angaben des Justizausschusses würden 44 von 125 zum Tode verurteilten Häftlingen, deren Dossiers dem Parlament zur Entscheidung vorliegen, von der Gesetzesänderung profitieren. Die Änderung sieht eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft vor. Die Akte Öcalan ist dem Parlament, das laut Verfassung die Vollstreckung von Todesurteilen ausdrücklich billigen muss, noch nicht vorgelegt worden. Gestern wurden weitere vier Mitglieder der früheren kurdischen Arbeiterpartei (PKK) von einem Staatssicherheitsgericht in Istanbul zum Tode verurteilt.

London protestiert gegen Gedicht

LONDON: Die britische Regierung will den saudi-arabischen Botschafter ins Außenministerium zitieren, um offiziell gegen dessen Lobgedicht auf palästinensische Selbstmordattentäter zu protestieren. «Wir betrachten Selbstmordattentate als Form von Terrorismus, und diese Ansicht würden wir dem saudi-arabischen Botschafter gerne wissen lassen», sagte gestern ein Regierungssprecher in London. Botschafter Ghazi Al-gosaibi hatte in der vergangenen Woche in der in London erscheinenden arabischen Zeitung «Al Hayat» das Gedicht «Die Märtyrer» veröffentlicht, in dem er unter anderem die 18-jährige Palästinenserin rühmte, die bei einem Anschlag auf einen Supermarkt in Jerusalem Ende März zwei Israelis getötet und 25 weitere verletzt hatte. «Die Pforten des Himmels sind für sie geöffnet», hiess es in dem Gedicht. Jüdische Gruppen hatten scharfe Kritik an dem Gedicht geübt. Der Botschafter, ein bekannter Dichter in der arabischen Welt, war am Donnerstag zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Israel kündigt Rückzug an

Menschenrechtsorganisationen schockiert über Zustände im Flüchtlingslager

JERUSALEM: Die israelische Regierung hat angekündigt, die Armee aus Teilen des Westjordanlands abziehen. Die UNO und Menschenrechtsorganisationen zeigten sich nach einem ersten Augenschein schockiert über die Zustände im Flüchtlingslager Dschenin.

Bis Sonntag werde die israelische Armee aus Dschenin, Nablus und Teilen Ramallahs abziehen, sagte Israels Verteidigungsminister Benjamin Ben-El-Mer gestern im israelischen Radio. Unklar war, ob der Rückzug bereits begonnen hat. Der israelische Armeechef berichtete, dass die Armee gestern Vormittag mit einem Teilabzug aus Dschenin begonnen habe. Palästinensische Quellen dementierten dies. Trotzdem begrüsst US-Präsident George W. Bush den Teilabzug. Mit den bisherigen Schritten liege Israel innerhalb des Abzugsplans.

Schockierende Lage in Dschenin

Während der kurzzeitigen Aufhebung der Ausgangssperre konnten Menschenrechtsorganisationen das Flüchtlingslager von Dschenin besuchen. Sie zeigten sich schockiert über die Lage im Lager. Unklar ist weiterhin die Zahl der Opfer. Das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) ging von 150 bis 200 Toten aus. Andere Quellen rechnen mit 300 Opfern. Gemäss einer ersten Inspektion wurden 800 der 2000 bis 3000 Unterkünfte in dem Camp zerstört. Laut Menschenrechtsorganisationen werden zwischen 8000 und 13 500 Menschen, die in Dschenin lebten, vermisst.

Scharfe Kritik

Der UNO-Sondergesandte Terje Roed-Larsen kritisierte Israel scharf. Das Lager in Dschenin sei «völlig zerstört, als ob es von einem Erdbeben erschüttert worden wäre». Es sei «völlig



Bald wieder mehr Zeit zum Rauchen. Bis Sonntag soll die israelische Armee aus Dschenin, Nablus und Teilen Ramallahs abziehen. (Bilder: Keystone)

unannehmbar», dass die israelische Regierung Rettungskraften seit elf Tagen den Zugang verweigere. Ein Sprecher der EU-Kommission in Brüssel forderte, dass «sofort» eine Untersuchung der Vorgänge in Dschenin eingeleitet werde.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat inzwischen den UNO-Sicherheitsrat um die Entsendung einer bewaffneten multinationalen Friedensstruppe in die Palästinensergebiete. Die Truppe müsse mit einem «robusten Mandat» nach Artikel 7 der UNO-Charta ausgestattet werden, sagte Annan in einer geschlossenen Sitzung des Gremiums in New York. Die Palästinenser werfen der israelischen Armee vor, in Dschenin Massaker verübt zu haben.

Israel räumte Verwüstungen ein, dementierte jedoch Massaker an Palästinensern.

Treffen abgesagt

In Bethlehem zerschlugen sich die Hoffnungen auf eine baldige Lösung für die belagerte Geburtskirche Jesu. Palästinensische Vertreter sagten ein geplantes Treffen mit israelischen Gesprächspartnern ab, weil diese es abgelehnt hatten, weitere Vermittler zuzulassen. Weiterhin belagert wurde gestern auch der Amtssitz von Palästinenserpräsident Jassir Arafat in Ramallah. Jordaniens Außenminister Marwan Moascher besuchte Arafat in seinem Hauptquartier. In seiner Begleitung befand sich auch ein Arzt, der

Arafat eine gute Gesundheit bescheinigte.

Hamas-Mitglied festgenommen

Bei einer Offensive in Nablus nahm die israelische Armee Hussam Ataf Al-Badran, ein führendes Hamas-Mitglied, fest. Dabei wurden zwei seiner Begleiter getötet. Badran sei für «alle todtlichen Attentate der Hamas in Israel in den letzten Jahren» verantwortlich. Die USA wollen ihre Friedensbemühungen fortsetzen. Am Mittwoch war eine Vermittlungsreise von Außenminister Colin Powell erfolglos zu Ende gegangen. Powell konnte nach Angaben aus Regierungskreisen möglicherweise in ein bis zwei Wochen wieder in den Nahen Osten zurückkehren.

21 Polizisten getötet

Schwerster Angriff tschetschenischer Separatisten

GROSNY: Beim schwersten Angriff islamischer Separatisten seit Monaten sind gestern in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny mindestens 21 Polizisten getötet worden. Wie die prorussischen Behörden weiter mitteilten, fuhr der mit Polizeibeamten besetzte Bus über einen ferngezündeten Sprengsatz.

Auch ein weiteres Fahrzeug des Konvois sei über eine Mine gefahren. Der Anschlag ereignete sich nur 100 Meter vom Hauptquartier der Polizei entfernt. Nach der Explosion nahmen die Rebellen den Konvoi unter Feuerbeschuss. Nach dem Anschlag riegelten russische Einheiten die Hauptstrassen

Grosny ab und suchten auf einer Grossstrasse nach den Laternen. Medienberichten zufolge wurden fünf Verdächtige festgenommen. Erst am Mittwoch waren bei zwei Angriffen im Süden Tschetscheniens elf russische Soldaten getötet und 13 weitere verwundet worden.

In der Kaukasusrepublik kämpfen islamische Rebellen seit acht Jahren für die Unabhängigkeit von Moskau. Wenige Stunden vor dem Anschlag hatte Präsident Wladimir Putin in seiner Rede zur Lage der Nation erklärt, dass «das militärische Stadium des Konflikts als beendet betrachtet werden kann» und dass es nun um den Wiederaufbau Tschetscheniens gehen müsse.



Bei einem Attentat in Russland wurden 21 Polizisten getötet.

Ex-König kehrt zurück

Mohammed Sahir Schah wieder in Afghanistan

KABUL: Nach fast drei Jahrzehnten im Exil ist der frühere afghanische König Mohammed Sahir Schah in seine Heimat zurückgekehrt. Er will im Juni die Volksversammlung Loya Dschirga leiten. Damit soll in Afghanistan der Weg zur Demokratie geebnet werden.

Begleitet von Übergangsregierungschef Hamid Karsai wurde der 87-Jährige am Donnerstag am Flughafen in Kabul mit militärischen Ehren empfangen. Ausser dem Kriegsherren Abdul Raschid Dostum waren auch zahlreiche afghanische Stammesälteste anwesend. Aus Angst vor Anschlägen waren für die Ankunft von Sahir Schah strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Dutzende Polizisten mit Schusswesten sicherten sein Haus. Karsai war eigens nach Rom gereist, um Sahir Schah auf seinem Flug an Bord einer Maschine der italienischen Luftwaffe zu begleiten.

Neue Regierung bestimmen

Der frühere König reiste in Begleitung seiner drei Söhne und anderer Familienmitglieder. Seine Frau Homaira blieb aus gesundheitlichen Gründen im italienischen Exil. Der 1973 von seinem Cousin Mohammed Daud gestürzte Sahir Schah soll im Juni die grosse Stammesversammlung (Loja Dschirga) eröffnen. Der «Grosse Rat» von rund tausend Vertretern der verschiedenen politischen, religiösen und ethnischen Gruppen Afghanistans soll eine neue Regierung bestimmen. Sahir Schah ist wie Karsai Paschtune. Die Paschtunen sind die grösste Volksgruppe in Afghanistan. Die derzeitige

Regierung wird von Tadschiken und Usbeken dominiert. Es galt als bezeichnend, dass der tadschikische Verteidigungsminister Mohammed Fahm, der als mächtigster Mann in der Regierung gilt, ins Ausland reiste und daher nicht bei der Ankunft des Ex-Königs dabei war. Der schwer berechenbare usbekische Milizenführer Dostum begrüsst den Ex-König dagegen mit Blumen am Flugzeug.

Vier kanadische Soldaten getötet

Südlich von Kandahar kam es am Mittwochabend zu einem tragischen Zwischenfall. Ein US-Pilot tötete irrtümlicherweise vier kanadische Soldaten, acht weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Ein Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums sagte in Washington, der Pilot des F-16-Kampfflugzeugs habe Schusswechsel während einer Übung am Boden für feindliches Feuer gehalten. Der Vorfall rund 14 Kilometer südlich des Flughafens von Kandahar werde genau untersucht. Nach Angaben des kanadischen Verteidigungsministeriums warf der Pilot eine oder zwei 500 Pfund schwere Bomben auf den Armeetrupp ab. Der kanadische Regierungschef Jean Chrétien erklärte, US-Präsident George W. Bush habe ihm das Beileid des amerikanischen Volks für die Angehörigen der getöteten Soldaten übermittelt. Der kanadische Generalstabschef Raymond Héault sprach von einem «fürchterlichen und tragischen Unfall». In der ostafghanischen Stadt Khost wurden bei einer Bombenexplosion mindestens drei weitere Menschen getötet.